

Meinung äußern, sich einbringen und aktiv werden

Wochen der Demokratie: Diskussion mit Migranten ermöglicht Perspektivwechsel – „Nicht auf Luxus-Demokratie ausruhen“

Von Theresa Wildfeuer

Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, Sicherheit, Rechte und Partizipation – welch wertvolles Gut die Demokratie ist und welche Werte es zu verteidigen gilt, hat eine Diskussionsrunde mit Flüchtlingen, Migranten und Deutschen im Rahmen der „Wochen der Demokratie“ gezeigt, zu der der Verein „Gemeinsam leben und lernen in Europa“ unter dem Motto „Was bedeutet Demokratie eigentlich?“ in die Vereinsräume in der Innenstadt eingeladen hatte. Der „Perspektivwechsel“ verdeutlichte, dass man sich auf der deutschen „Luxus-Demokratie“ nicht ausruhen darf und Verbesserungen notwendig sind.

„Die Wand hat Ohren“

Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann seien ihr wichtig, sagte eine Teilnehmerin auf eine der Eingangsfragen von Lena Kohlmuß vom Leitungsteam. Eine Studentin aus Honduras betonte auch die Pressefreiheit und Partizipation der Bürger. Sie sei gekommen, um „Ideen für eine offene Weltanschauung“ zu erhalten. Osama aus Syrien, der ebenfalls in Passau studiert, nahm teil, um zu erfahren, ob die Menschen in Deutschland mit ihrer Demokratie zufrieden sind und wie diese „läuft“. In seinem Heimatland sei Demokratie verboten. Auch in anderen Ländern des arabischen und nordafrikanischen Raums komme man ins Gefängnis, wenn

man eine andere Meinung äußert. „Die Wand hat Ohren“, heiße es in seiner Heimat, erzählte Beslay aus Ägypten. Dort kontrolliere das Militär die Menschen. Bei Kritik komme gleich die Polizei. Die Religion werde politisch vereinnahmt. Die Menschen seien damit beschäftigt, ihr Überleben zu sichern.

Das Bedeutendste für ihn an der Demokratie sei, über die persönlichen Angelegenheiten selbst entscheiden zu können, erzählte Karl-Heinz. Dies sei derzeit in Deutschland nicht überall gegeben, fand der 67-Jährige, der 1969 sein Studium begann. Auch Florian zeigte sich mit der aktuellen Politik nicht zufrieden, da Menschen ausgegrenzt, von Regierungsparteien nicht repräsentiert würden. Es gehe um Selbst- und Mitbestimmung sowie das Übernehmen von Verantwortung. Es gelte, das Recht zu verteidigen, alles sagen zu können, auch wenn man anderer Meinung ist, betonte Andreas aus Österreich.

In der weiteren Diskussion ging es um Partizipation, zum Beispiel durch das Engagement in einem Verein, eine „unkonventionelle Art der Demokratie“, und die Teilnahme an Demonstrationen. Die Fridays-for-Future-Bewegung treibe die Politik vor sich her, sagte Andreas aus Österreich, die dann voreilig Beschlüsse fasse. Er wandle sich gegen den „Hype“ um Greta Thunberg, die von ihr verbreitete Weltuntergangsstimmung für ein schlechter Ratgeber. Für Meral geht es um ein generelles Umdenken in Sachen Klimaschutz. Es müssten alle mitmachen, etwa bei der Vermeidung von Plastik. Es sei jede und jeder



Über demokratische Werte diskutierten rund 20 Flüchtlinge, Migranten und Deutsche auf Initiative des Vereins „Gemeinsam leben und lernen in Europa“ in den Vereinsräumen in der Innenstadt. – Foto: Theresa Wildfeuer

selbst verantwortlich. Man könne nicht alles auf die Politik schieben.

Mit Demos, wie von FFF könne man Zeichen setzen und Aufmerksamkeit schaffen, etwa für eine Bewusstseinsveränderung für mehr Klimaschutz, sagte Merlin Schmitt vom Team. „In dem Umfeld aktiv sein, in dem man ist“, riet auch Florian. Sein Tipp: „Meinung äußern, verstehen und mitbeeinflussen“.

Es reiche nicht, alle vier Jahre wählen zu gehen. Ein Umdenkprozess durch FFF finde schon statt, sagte Studentin Betty, die nur mehr Tomaten ohne Verpackung kauft. Wichtig sei, Dinge gemeinsam zu lernen und anzufangen, auf die Straße zu gehen,

auch wenn nicht alles durchgesetzt werden kann, was das Klimapaket zeigt, sagte Karl-Heinz. „Dadurch, dass man sich bewegt, bewegt man etwas“, was auch die 68er bewiesen. Türkin Meral mahnte, friedlich zu demonstrieren.

Die Runde diskutierte über Grenzen der Meinungsfreiheit, über Mitbestimmung und Einflussnahme. Hier müsse sich die deutsche Demokratie besser aufstellen, sagte Florian, der beruflich viel in anderen Ländern unterwegs ist. Er wünschte mehr direkte Demokratie und plebiszitäre Elemente.

Für junge Menschen sei Politik „nicht sexy genug“, sagte eine Teilnehmerin. Auch von einem

Verlust von Vertrauen auf jene „da oben“ war die Rede. Neustudent Patrick forderte mehr Aufklärungsarbeit und politische Bildung in den Schulen, damit Populisten wie Donald Trump oder Brexit-Befürworter, die demokratisch zu Zug kamen, trotz der Präsenz in sozialen Medien keine Chance haben. Er rannte damit bei Merlin Schmitt und Studentin Betty offene Türen ein. Melanie Hackenfort vom Team wünschte, bürgerschaftliches Engagement und Politik noch mehr zusammenzubringen.

Hier in Deutschland gebe es eine „Luxus-Demokratie“, sagte Osama aus Syrien. Er kritisierte, dass Diktatoren wie Assad vom Westen unterstützt werden. Es sei

auch „luxuriös“, dass sich viele in Deutschland nicht um Politik kümmern, sagte Lena Kohlmuß. Demokratie als Selbstverständlichkeit zu betrachten und zu denken, man müsse nichts ändern, sei fatal, betonte Schmitt, der die Wut darüber verstand, dass demokratische Staaten aus nationalen Interessen Handel mit diktatorischen Regimen treiben.

Der „Perspektivwechsel“ zeige, wie wichtig es ist, über den Tellerand zu sehen, selbst nachzudenken und aktiv zu werden, nicht nur unterhalten zu werden, resümierte Melanie Hackenfort vom Team am Ende. „Wir brauchen mehr Leute, die sich engagieren“, stimmte Florian zu. Politik sollten nicht jene bestimmen, die nach Karriere und Macht streben, sondern „normale“ Bürger. Ein Weg dazu ist das ehrenamtliche Engagement, zu dem Merlin Schmitt aufrief.

Anzeige

Mitarbeiter/in im

Zustelldienst

gesucht

Rufen Sie uns an!

Mo. – Fr. 0851/802-362 oder
per eMail an npz@vgp.de

Neue Presse Zeitungs-
vertriebs-GmbH
Medienstraße 5
94036 Passau